«Du sescht wia!» wird fortgesetzt

Die Suchtpräventionskampagne «Du sescht wia!», deren Abschlussbericht gestern vorgestellt wurde, lief von 2006 bis 2009. Das wichtigste Ergebnis ist, dass die Programme weitergeführt und der Slogan zum Label der Suchtprävention wird.

Von Stefan Batliner

Vaduz. – Die Hauptzielgruppe der Kampagne waren Kinder und Jugendliche, und die Massnahmen richteten sich anfangs gegen legale Suchtmittel wie Medikamente, Alkohol und Tabak sowie gegen nichtlegale Suchtmittel wie Cannabis. 2010 kam schliesslich ein neuer Themenschwerpunkt hinzu: Die neuen Medien. «Die Schwierigkeit bei der Präventionsarbeit ist die Tatsache, dass die Ergebnisse schwer messbar und kommunizierbar sind, weil man nicht weiss, wie die Situation ohne die Kampagne aussehen würde», sagte Gesundheitsministerin Renate Müssner anlässlich der Vorstellung des Abschlussberichts.

Studien sollen den Erfolg messen

Um die Ergebnisse aber dennoch einordnen zu können, habe man vor dem Beginn von «Du sescht wia!» eine umfassende Studie zum Suchtverhalten der Zielgruppen durchgeführt. Geplant ist zudem, dass 2011 weitere Daten erhoben werden. «Die Schwerpunkte der Kampagne waren sehr breit angelegt und ich kann nach dem Studium des Abschlussberichts sagen, dass die Projektbeteiligten die Kampagne mit maximalem Engagement und Hingabe ausgestaltet haben», zog die Regierungsrätin Bilanz.

Markus Büchel, Leiter des Amtes für Soziale Dienste und Vorsitzender der Kommission für Suchtfragen, bot einen Rückblick und betonte, dass Problematik und Zielsetzungen bei solchen Kampagnen immer ähnlich sind. So sei das Problem der neuen Medien als Thematik während der Kampagne hinzugekommen. «Die Ziele waren sehr ambitiös und es ist unüblich, einer Kampagne konkrete Ziele zu geben, weil man an ihnen scheitern kann», sagte Büchel. Man wollte den Problemkonsum von Alkohol reduzieren und das Einstiegsalter erhöhen, den Nichtraucherschutz verbessern und die Tabaksausstiegshilfen ausbauen. Ein weiteres Ziel war die Reduktion des Medikamentenmissbrauchs.

Kampagne nicht isoliert konzipiert

«Du sescht wia!» war Büchel zufolge die längste Kampagne, die das Amt für Soziale Dienste organisierte. Auf diese Weise könne man eine nachhaltige Wirkung am besten erreichen. Die Vorläuferkampagne «Mut zur Erziehung» in den 1990er-Jahren richtete sich an die Eltern, die Süchte durch Erziehung und Regeln verhindern sollten. «Von dieser Beeinflussung von aussen wechselte man die Perspektive nach innen, also sage ich, wie es geht und entscheide selbst, wie ich mit Substanzen oder dem Internet umgehe. Und nicht die Droge oder ein anderer sagen, wie ich damit umgehe», erläuterte Büchel die beiden zusammenhängenden Programme.

Die verschiedenen Zielgruppen sollten mit zahlreichen Massnahmen erreicht werden: Angefangen von Plakaten, Presseberichten bis hin zur eigenen Homepage oder einer Kinowerbung. «Man begnügte sich aber nicht mit Pressearbeit oder Plakaten, sondern arbeitete direkt mit Jugendlichen, Eltern und Schulen zusammen und führte Projekte, Informationsveranstaltungen und Workshops durch», zählte Büchel auf, um die Vielfalt der Massnahmen zu illustrieren. Er bedauerte auch, dass der Nichtraucherschutz nicht so konsequent umgesetzt wurde, wie es sich die Verantwortlichen der Kampagne erhofft hätten.

Die Kampagne ist abgeschlossen, aber «Du sescht wia!» wird als Dachmarke für Suchtpräventionsprojekte erhalten bleiben: Hansjörg Frick, Koordinator der Kampagne, Esther Kocsis, Beauftragte für Suchtfragen, Markus Büchel, Leiter des Amtes für Soziale Dienste und Gesundheitsministerin Renate Müssner zogen Bilanz (v. l.). Bild Daniel Schwendener

Projekte werden zu Programmen

Als grosser Erfolg wurde bekannt gegeben, dass die befristeten Projekte der Kampagne als unbefristete Programme weitergeführt würden. Zudem wird «Du sescht wia!», weil es zu einem bekannten Label geworden sei, zur Dachmarke aller Suchtpräventionsmassnahmen in Liechtenstein.

Esther Kocsis, Beauftragte für Suchtfragen beim Amt für Soziale Dienste, wies auf die verschiedenen Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der Kampagne – wie beispielweise das Handbuch für die Eltern mit Erziehungstipps – hin. Die Vielfalt der Bemühungen wird dadurch unterstrichen, dass eigens das nichtalkoholische Getränk Kennidi lanciert oder das Experiment Nichtrauchen gestartet wurde. Hansjörg Frick, Koordinator der Kampagne, sprach von zwei Erkenntnissen, die bei allen Projekten deutlich würden: «Suchtprävention kann nicht isoliert in Liechtenstein passieren, sondern muss in Zusammenarbeit mit Sankt Gallen, Graubünden und Vorarlberg durchgeführt werden.» So nutze man den Vorteil, dass die Kosten verteilt würden. Denn Suchtprävention auf diesem hohen Niveau sei für Liechtenstein allein nicht finanzierbar. Ebenso sei deutlich geworden, dass der peer-to-peer-Ansatz, nach welchem Jugendliche Jugendliche informieren, unerlässlich sei. Dadurch hätten die Massnahmen der Kampagne glaubhafter gewirkt.

Die abgelaufene Kampagne wird in diesem Jahr evaluiert, indem Liechtenstein – vertreten durch den Jahrgang 1995 – erstmals an der Espad (European school study survey on alcohol and other drugs) teilnimmt. Geplant ist ebenso, alle vier Jahre weitere Erhebungen vorzunehmen. Dadurch erfahre man, in welchen Bereichen und zu welchen Problemfeldern zukünftig zusätzliche Anstrengungen nötig werden, führte Kocsis aus.

Den Abschlussbericht der Kampagne kann man telefonisch beim Amt für Soziale Dienste anfordern oder auf folgender Seite herunterladen: http://www.llv.li/amtsstellen/llv-asd-home.htm

Schulterschluss von Politik und Wirtschaft bekräftigt

Die Schaffung der neuen Stabsstelle für internationale Finanzplatzagenden (SIFA) wird von der LIHK, dem Bankenverband und der Treuhändervereinigung begrüsst. Sie erhoffen sich davon eine noch engere Zusammenarbeit mit der Regierung.

Von Günther Fritz

«Mit der Errichtung der neuen Stabsstelle wird in klar definierten Prozessen sichergestellt, dass die mit dem Projekt Futuro und der Liechtenstein-Erklärung vom März 2009 begonnene Neuausrichtung des Finanzplatzes noch intensiver koordiniert und vernetzt wird», sagte Regierungschef Klaus Tschütscher anlässlich der Bekanntgabe des entsprechenden Regierungsbeschlusses Ende Januar. Zu den ersten Herausforderungen der SIFA-Leiterin Katja Gey erklärte der Regierungschef in einem «Vaterland»-Interview: «Es sind dies vor allem die Weiterführung und Weiterentwicklung der von der Regierung beschlossenen Finanzplatz- und Steuerstrategie in einem übergreifenden, integrierten dynamischen Ansatz, dies unter Einbezug der weiteren staatlichen und privaten Akteure.»

Rascher Informationsfluss wichtig

Das «Liechtensteiner Vaterland» fragte die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK), den Liechtensteinischen Bankenverband und die Liechtensteinische Treuhändervereinigung nach ihren Erwartungen von der neuen Stabsstelle, welche von Katja Gey seit dem 1. Februar geleitet wird. «Wir begrüssen die Errichtung der neuen Stabsstelle für internationale Finanzplatzagenden durch die Regierung. Eine fokussierte Umsetzung der Abkommensstrategie durch die neue Stabsstelle, auch unter Einbezug der Wirtschaftsverbände, ist in unserem Interesse», erklärt LIHK-Geschäftsführer Josef Beck.

Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Bankenverbands, geht davon aus, dass sich die Kommunikation und Abstimmung zwischen Regierung und Verbänden weiter verbessern wird. Der rasche Informationsfluss sei enorm wichtig, um entsprechend reagieren zu können und als Finanzplatz handlungsfähig zu bleiben. Weiter führt Simon Tribelhorn dazu aus: «Auch erwarten wir, dass die Vorschläge und Inputs des Finanzplatzes koordiniert und besser einbezogen werden können.»

Für gemeinsames Vorgehen

Die Einrichtung einer spezifischen Stabstelle für internationale Finanzplatzagenden spiegelt nach Ansicht von Clemens Laternser, Geschäftsführer der Liechtensteinischen Treuhändervereinigung, das gesteigerte internationale Interesse an Finanzplatzfragen wider. Die Treuhänder erhoffen sich von der Neuorganisation «eine systematischere und prozessorientierte Bearbeitung der wichtigsten Finanzplatzagenden». Dazu Clemens Laternser weiter: «Wir erhoffen uns eine Verbesserung der Chancen der Finanzplatzakteure, sich einbringen und die Zukunft des Finanzplatzes mitgestalten zu können. Wir erhoffen uns ein gemeinsames Vorgehen, einen Schulterschluss von Politik und Wirtschaft.»

DBA-Netz ausbauen

SIFA-Leiterin Katja Gey sagt im heute veröffentlichten «Vaterland»-Interview (Seite 9) zur Finanzplatzstrategie der Regierung: «Der Schwerpunkt liegt auf dem Aufbau eines standardkonformen DBA-Netzes nach den von der Regierung in Konsultation mit den Verbänden festgelegten Prioritäten.» Darüber hinaus strebe die Regierung mit interessierten Staaten weitergehende Regelungen zur Herstellung der Steuerkonformität an, sei dies auf der Basis einer Abgeltungssteuer oder in einer anderen den beiderseitigen Interessen genügenden Form.

LIHK-Geschäftsführer Josef Beck: «Eine fokussierte Umsetzung der Abkommensstrategie ist in unserem Interesse.» Bilder Archiv

Clemens Laternser, Geschäftsführer der Treuhändervereinigung: «Wir erhoffen uns einen Schulterschluss von Politik und Wirtschaft.»

Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Bankenverbands: «Wir werden in den nächsten Tagen eine tragfähige Finanzplatzstrategie vorstellen.»

Quellensteuern vermeiden

Die LIHK begrüsst den Grundsatzbeschluss der Regierung, das Hauptgewicht bilateraler Verhandlungen auf den Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zu legen. «DBAs führen zu höherer Rechtssicherheit, zu einem besseren Marktzugang und verbessern die Reputation des Landes», betont LIHK-Geschäftsführer Josef Beck auf Anfrage. Aus Industriesicht seien die zentralen Themen die Vermeidung von Quellensteuern und die Definition der Betriebsstätten. Der Abschluss eines Tax Information Exchange Agreement (TIEA) bringe den Industrieunternehmen in den meisten Fällen keinen direkten Nutzen, ausser wenn Liechtenstein dadurch von einer allfälligen «schwarzen Liste» entfernt wird.

Gemeinsam auf sehr gutem Weg

Nach Auskunft von Simon Tribelhorn wird der Bankenverband in den nächsten Tagen «eine tragfähige Finanzplatzstrategie vorstellen, die mit den Verbänden abgestimmt ist». Darin seien wichtige Handlungsfelder aufgezeigt, die auch die Regierungstätigkeit betreffen. Auch sei eine Stossrichtung zur weiteren Abkommensstrategie der Regierung aufgezeigt. Dazu Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Bankenverbandes, weiter: «Die vorbereitenden Gespräche zur Erarbeitung der Strategie zeigen, dass wir hier gemeinsam auch mit der Regierung auf einem sehr guten Weg sind.»

Transformation braucht Zeit

Clemens Laternser, Geschäftsführer der Liechtensteinischen Treuhändervereinigung, führt zur Finanzplatzstrategie der Regierung aus: «Die Regierung hat die richtige Richtung eingeschlagen. Der Finanzplatz trägt diese Politik mit. Wir befinden uns mitten in einer grundlegenden Transformationsphase. Eine solche Transformation braucht Zeit und verlangt ein gemeinsames Vorgehen von Politik und Wirtschaft. Wir glauben deshalb, dass es an der Zeit ist, sich besser abzustimmen und die Anliegen des Finanzplatzes, zum Beispiel im Bereich der Abkommenspolitik, ernst zu nehmen.»

INTERVIEW MIT KATJA GEY AUF SEITE 9